

# mitarbeiten 04/2008

Informationen der Stiftung MITARBEIT

Das Informationsangebot der Stiftung MITARBEIT im Internet: [www.buergergesellschaft.de](http://www.buergergesellschaft.de) und [www.mitarbeit.de](http://www.mitarbeit.de) G12970

Forum für Bürger/innenbeteiligung und kommunale Demokratie

## Bedingungen gelingender Beteiligung

*Wie kann es gelingen, die lokale Demokratie für die Menschen konkret erlebbar zu machen? Welche Barrieren verhindern eine breite Beteiligung der Bürgerschaft? Diese Fragen standen im Mittelpunkt des Forums für Bürger/innenbeteiligung und kommunale Demokratie, das die Stiftung MITARBEIT in Kooperation mit der Evangelischen Akademie Loccum veranstaltet hat. Ein zentrales Ergebnis der Tagung: Um den Anforderungen einer Bürgerkommune gerecht zu werden, bedarf es eines kooperativen Miteinanders und klarer festgeschriebener Beteiligungs-Spielregeln zwischen Bürgerinnen und Bürgern, gewählten Politiker/innen und kommunalen Entscheider/innen.*

**N**immt man die Freiwilligen-surveys von 1999 und 2004 zum Maßstab, dann ist die Bereitschaft zum bürgerschaftlichen Engagement in der bundesdeutschen Bevölkerung stark verankert. Das Engagement für lokale Bürgerbeteiligung ist dagegen mit ca. 2 % der Engagierten eher unbedeutend. Festzustellen ist ein offensichtlicher Widerspruch zwischen der Engagement-Bereitschaft der Bevölkerung – an vielen Indikatoren ablesbar – und

ihrem passiven Verhalten im politischen Raum.

Die Erklärung dieses Widerspruchs muss nach Ansicht von Prof. Dr. Helmut Klages (Deutsche Hochschule für Verwaltungswissenschaften in Speyer) bei den inneren und äußeren Barrieren ansetzen, die sich bei den Bürgerinnen und Bürgern selbst, wie auch bei Politik und Verwaltung im kommunalen Raum finden lassen. Klages plädiert für ein kooperatives Bürgerbetei-

ligungskonzept, das für die Bürgerinnen und Bürger ebenso attraktiv ist wie für die kommunalen Entscheider/innen. Nach seiner Meinung ist es unerlässlich, schon bei der Verfahrensgestaltung der Bürgerbeteiligung sowohl bürgerbezogenen wie auch entscheidenderbezogenen Gesichtspunkten Rechnung zu tragen. Gerade die kommunalen Entscheider/innen, egal ob aus Politik oder Verwaltung, dürfen sich durch die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger in ihrer Amtsausübung nicht bedroht fühlen: Erst wenn die kommunalen Akteure aus Politik und Verwaltung Bürgerbeteiligung nicht als eine lästige, ihre Tätigkeit erschwerende Komplexitätsvermehrung erleben, sondern als eine stabile und verlässliche Orientierungs- und Entscheidungshilfe, wird ihre Bereitschaft wachsen, bürgerbeteiligende Prozesse zu unterstützen.

Mit Blick auf die Instrumente kommunaler Bürgerbeteiligung empfiehlt Klages die Einführung »kommunaler Bürgerpanels«, mit denen beispielsweise in Großbritannien seit Jahren erfolgreich gearbeitet wird. Unabhängig von einzelnen Verfahren ist es seiner Meinung nach generell geboten, mehr Nachdruck auf die Entwicklung und Anwendung kombinierter Beteiligungskonzepte zu legen, um den Unausgewogenheiten des verfügbaren Instrumentariums zu begegnen.

Das Spannungsverhältnis von Rat, Verwaltung und Bürgerschaft erörterten Prof. Paul-Stefan Roß (Berufsakademie Stuttgart) und Thomas Haigis (Referent für Bürgerbeteiligung und Stadtentwicklung in Filderstadt) am Beispiel Filderstadt. Die baden-württembergische Kommune versteht sich als Bürgerkommune, hier sind konkrete beteiligungsorientierte Strukturelemente und Verfah-



Foto: Jérôme Heuper, Stiftung MITARBEIT

Die kommunale Bürgerbeteiligung muss zum Normalfall der alltäglichen gesellschaftlichen Lebenskultur und -praxis werden: Prof. Dr. Helmut Klages beim Forum für Bürger/innenbeteiligung und kommunale Demokratie



## Bedingungen ...

rensweisen entwickelt und umgesetzt worden. Die Erfahrungen in Filderstadt zeigen, dass sich die kommunalen Probleme im transparenten und fairen Zusammenspiel von Bürgerschaft, öffentlicher Verwaltung und Gemeinderat besser lösen lassen, als es jeder der Beteiligten für sich allein könnte.

Dass eine Bürgerkommune qualifizierte Verwaltungsmitarbeiter/innen braucht, machte Prof. Klaus Wermker (Büro Stadtentwicklung Essen) deutlich. Die Stadt Essen hat eine Vielzahl von Maßnahmen entwickelt, um ihre städtischen Mitarbeiter/innen für das Thema Bürgerbeteiligung zu sensibilisieren und auf Verwaltungsebene Rahmenbedingungen für eine bürgerbeteiligende Verwaltung zu schaffen.

Gerald Häfner (Sprecher des Bundesvorstands von Mehr Demokratie e.V.) plädierte in seiner kritischen Analyse der bundesdeutschen Demokratie und Politik für eine kohärente »Demokratiepolitik«. Durch eine Verzahnung von Elementen der repräsentativen, direkten und partizipativen Demokratie kann nach seiner Meinung eine neue Qualität der Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse erreicht werden. Beim »Haus der Demokratie« bilde die Bürgerbeteiligung das Fundament, der Bürgerentscheid müsse den Schlussstein bilden. Alleine die Möglichkeit von Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden erhöht nach Häfners Ansicht die Sensibilität der politischen Entscheidungsinstanzen. Dies habe auch zu vermehrter Anwendung neuer Beteiligungsformen auf kommunaler Ebene geführt. Umgekehrt sei die Beteiligung nur dann wirksam, wenn die Bürgerinnen und Bürger Gelegenheit hätten, »notfalls« ein Bürgerbegehren oder einen Bürgerentscheid zu starten.

*Thesepapiere und Dokumentationen zu den Impulsreferaten und den Werkstätten sind online unter [www.mitarbeit.de/locum2008.html](http://www.mitarbeit.de/locum2008.html) abrufbar. Ausgewählte Beiträge der Referent/innen sind im Newsletter 20/2008 des Wegweisers Bürgergesellschaft veröffentlicht unter [www.buergergesellschaft.de/106739/#36756](http://www.buergergesellschaft.de/106739/#36756).*

## Engagementförderung bei jugendlichen Migranten

*Wie und wodurch kann das bürgerschaftliche Engagement jugendlicher Migrant/innen gestärkt werden? Eine Studie des Instituts für Stadtteilentwicklung, Sozialraumorientierte Arbeit und Beratung (ISSAB) der Universität Duisburg-Essen kommt zu dem Ergebnis, dass erfolgreiche engagementfördernde Projekte für Migrant/innen nationalitätenübergreifend angelegt sind. Ausschließlich auf Migrant/innen bezogene Maßnahmen laufen Gefahr, eine zusätzliche stigmatisierende Wirkung für die betroffenen Gruppen zu entfalten. Die Stiftung MITARBEIT startet mit der Veröffentlichung der Studie ihre neue Publikationsreihe mitarbeiten.skript.*

**F**ast ein Drittel aller Kinder und Jugendlichen in Deutschland kommt aus Familien mit Migrationshintergrund. Für viele von ihnen ist es schwerer als für ihre Altersgenossen ohne Migrationshintergrund, ihre Fähigkeiten und Talente zu entfalten. Dazu passt, dass Bevölkerungsgruppen mit Migrationshintergrund – und hier insbesondere Jugendliche – bei den klassischen Engagementformen deutlich unterrepräsentiert sind.

Die ISSAB-Studie kommt zu dem Ergebnis, dass verstärkte Anstrengungen notwendig sind, um dies zu ändern. In vielen Kommunen fehlen engagementfördernde Strukturen, welche die Integration der unterschiedlichen Zuwanderungsgruppen in das demokratische, soziale und wirtschaftliche Leben der Kommune voranbringen.

Das freiwillige Engagement jugendlicher Migrant/innen ist von spezifischen sozio-ökonomischen Faktoren und von bestimmten ethnisch-kulturellen Voraussetzungen geprägt. Für eine gezielte Engagementförderung – egal ob jugendliche oder erwachsene Migrant/innen angesprochen sind – ist es unerlässlich, diese Rahmenbedingungen zu kennen und zu berücksichtigen. Hilfreich ist es, bei der Planung kommunaler engagementfördernder Aktivitäten systematisch mit den lokalen Migrantenselbstorganisationen zu kooperieren. Sie verfügen zumeist über niedrigschwellige und lebensweltnahe Zugänge zu ihren Mitgliedern. Hilfreich ist auch, die Eltern einzubeziehen und über mögliche Engagementfelder und Trägerorga-

nisationen zu informieren. Wichtige Ansprechpartner im kommunalen Kontext sind überdies örtliche Multiplikator/innen und Schlüsselpersonen, die das Vertrauen der Jugendlichen genießen. Dies folgt der Erkenntnis, dass freiwilliges Engagement häufig nicht aufgrund eigener Initiative, sondern auf Anregung von außen entsteht.

Erfolgreiche Projekte zur Engagementförderung bei Jugendlichen knüpfen an den Interessen der Jugendlichen an. Sie bauen auf deren Bereitschaft, sich für die Verwirklichung ihrer Interessen freiwillig aktiv einzusetzen. Erfolgreiche Projekte zielen darauf, das selbstbestimmte Engagement der Jugendlichen zu stärken.

Erfolg und Akzeptanz der Engagementförderung hängen entscheidend davon ab, ob es den beteiligten Organisationen gelingt, einen interkulturellen Lern- und Öffnungsprozess zu durchlaufen und einen kultursensiblen und ggf. auch muttersprachlichen Zugang zu den Adressaten zu finden. In der Kombination von Sozialraumorientierung und interkultureller Öffnung liegt der Schlüssel für die erfolgreiche Förderung des freiwilligen Engagements von Jugendlichen mit Migrationshintergrund.

*ISSAB (Hrsg.): Engagementförderung bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund. Grundlagen, Praxiserfahrungen, Empfehlungen. mitarbeiten.skript 01, Verlag Stiftung MITARBEIT, Bonn 2008, 42. S., 5,00 Euro, ISBN 978-3-941143-00-5, zu beziehen über den Buchhandel, die Bundesgeschäftsstelle oder [www.mitarbeit.de](http://www.mitarbeit.de)*



# Gender Budgeting im Beteiligungshaushalt

*Was müssen Kommunen beachten, wenn sie ihren Beteiligungshaushalt geschlechtergerecht gestalten wollen? Wie kann es gelingen, für die Bürgerinnen und Bürger Informationen über die finanzrelevanten Geschlechterverhältnisse bereitzustellen und so Gender Budgeting mit dem Beteiligungshaushalt zu verbinden? Eine Machbarkeitsstudie der Bundesregierung zum Gender Budgeting sieht eine wesentliche Voraussetzung darin, dass das Beteiligungsverfahren so ausgestaltet ist, dass es Frauen die gleichen Beteiligungsmöglichkeiten bietet wie Männern.*

Der 1999 geschlossene Vertrag von Amsterdam verpflichtet die EU-Mitgliedsstaaten, das Prinzip des Gender Mainstreaming in allen relevanten Politikbereichen umzusetzen. Im Rahmen eines kommunalen Beteiligungshaushalts kann diese Vorgabe durch die Strategie des sog. Gender Budgeting erreicht werden. Die einzelnen Ausgabenfelder im Haushaltsplan werden danach bewertet, ob sie die Gleichstellung von Jungen und Mädchen, von Frauen und Männern fördern. Kein Haushalt ist geschlechtsneutral. Deshalb benötigen die Bür-

gerinnen und Bürger Informationen darüber, wie sich die städtischen Finanzen auf die Lebenssituation von Frauen und Männern auswirken. Gender Budgeting schafft im Ergebnis für Bürgerinnen und Bürger sowie für Kommunalverwaltungen eine geschlechterdifferenzierte Kostentransparenz und berücksichtigt so die unterschiedlichen Bedürfnisse von Frauen und Männern.

Soll Gender Budgeting gelingen, muss das Beteiligungsverfahren Frauen die gleichen Beteiligungsmöglichkeiten bieten wie Männern. Die Studie verweist in diesem Zusam-

menhang auf vier Punkte, die für einen geschlechtergerechten Beteiligungsprozess unerlässlich sind.

1. Die Information über das Beteiligungsverfahren muss Frauen erreichen. Die Informationen müssen an Orten und in Medien verbreitet werden, die von Bürgerinnen genutzt werden. Alle Informationen müssen geschlechtergerecht formuliert werden.

2. Das Beteiligungsverfahren muss für Frauen gleichberechtigt zugänglich sein. Online-Beteiligungen schließen z.B. ältere Frauen tendenziell aus, weil sie seltener als ältere Männer das Internet nutzen.

3. Beteiligungsverfahren müssen geschlechtergerecht moderiert werden, so dass Frauen gleichberechtigt zu Wort kommen.

4. Beteiligungsverfahren müssen geschlechterdifferenziert dokumentiert werden, damit deutlich wird, ob Frauen gleichberechtigt beteiligt waren und ob Frauen und Männer unterschiedliche Prioritäten setzen.

vgl. Färber, Christine: *Gender Budgeting im Beteiligungshaushalt. Newsletter Wegweiser Bürgergesellschaft 19/2008*, [www.buergergesellschaft.de/106738/#3658](http://www.buergergesellschaft.de/106738/#3658)

## Ergebnisse einer sozialwissenschaftlichen Studie

# Gesellschaftliches Engagement von Unternehmen

*Die Frage, welchen Beitrag Unternehmen zum Gemeinwohl leisten können, hat in letzter Zeit unter den Stichworten »Corporate Social Responsibility« oder »Corporate Citizenship« an Dynamik gewonnen. Einer aktuellen sozialwissenschaftlichen Untersuchung zufolge engagieren sich in der Bundesrepublik 96% der deutschen Unternehmen über ihr eigentliches Kerngeschäft hinaus zugunsten gesellschaftlicher Aufgaben. Gefördert werden hauptsächlich Institutionen und Projekte im Umfeld des Firmensitzes, wie Sportvereine oder Freizeitaktivitäten.*

Die Untersuchung des Forschungszentrums für bürgerschaftliches Engagement an der Universität Paderborn gibt Auskunft über Formen, Themen und Umfang des gesellschaftlichen Engagements von Unternehmen. Für die Studie, die in Kooperation mit der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und dem Freiburger Zentrum für zivilgesellschaftliche Entwicklung (zze) durchgeführt wurde, wurden rund 500 repräsentativ ausgewählte, deutsche Unternehmen

aus allen Branchen mit mindestens zehn Mitarbeiter/innen und mindestens einer Million Euro Jahresumsatz befragt. Für kleine und mittelständische Unternehmen ist das Engagement in der lokalen Zivilgesellschaft selbstverständlicher Bestandteil ihrer unternehmerischen Aktivitäten. Dem Engagement des Mittelstands liegen in der Regel weniger wirtschaftliche und strategische Überlegungen zugrunde, als vielmehr persönliche Motive, Verantwortungsbewusstsein und Tradition.

Große Unternehmen dagegen gehen hier in der Regel strategischer vor: Mit gezielten Kooperationen und professioneller Öffentlichkeitsarbeit nutzen sie ihr Engagement auch für den wirtschaftlichen Erfolg. Bestimmt wird das Engagement hauptsächlich von den Führungskräften. Mehr als 60 Prozent der Befragten unterstützen beispielsweise das ehrenamtliche Engagement von Mitarbeiter/innen, indem sie diese im Sinne des sog. Corporate Volunteering von der Arbeit freistellen oder technische Ausrüstung zur Verfügung stellen.

Wie sich das unternehmerische Engagement in Zukunft entwickeln wird, hängt nach Überzeugung von Prof. Dr. Dr. Sebastian Braun, Direktor des Paderborner Forschungszentrums, auch davon ab, wie sich das Verständnis staatlicher Aufgaben wandelt und wie sich die Aufgabenteilung im Wohlfahrtsmix zwischen Staat, Wirtschaft, Drittem Sektor und Privathaushalten verändert.

Die vollständige Studie soll im Frühjahr 2009 vorliegen.



# Kreative Problemlösung

»Kreativ zu sein« gilt – gepaart mit **Eigeninitiative und Selbstverantwortung** – als entscheidendes Plus nicht nur im beruflichen Alltag, sondern auch bei der Gestaltung des privaten und öffentlichen Lebens. Der »Ratgeber zur kreativen Problemlösung« stellt methodische Anregungen für die erfolgreiche Ideenfindung vor und behandelt alle sonstigen Schritte, die zu einem nachhaltigen »Kreativitätserfolg« notwendig sind. Die erfolgreiche Arbeitshilfe erscheint in einer völlig überarbeiteten und erweiterten Neuauflage.

**A**utor Reinhard Sellnow macht deutlich, dass neue Ideen nur so weit tragen, wie der anschließende Prozess der Auswahl, Bewertung und praktischen Operationalisierung der besten Vorschläge ernstgenommen und konsequent gestaltet wird. Zudem gilt es, die verkrusteten individuellen Denkgewohnheiten aufzubrechen und die geistigen »Trampelpfade« zu verlassen.

Der Ratgeber stellt methodische Anregungen für eine erfolgreiche Ideenfindung vor und nennt die Schritte zum nachhaltigen »Kreativitätserfolg«. Der Autor nennt die erforderlichen Verfahrensregeln



und präsentiert leicht einsetzbare Hilfsmittel, um zunächst das Ausgangsproblem und die Zielperspektive zu präzisieren und anschließend eine wirkungsvolle Umsetzung anzubahnen. Zahlreiche Erfahrungsbeispiele und praxisorientierte Anregungen runden die Arbeitshilfe ab.

Sellnow, Reinhard: Die mit den Problemen spielen ... Ratgeber zur kreativen Problemlösung. Arbeitshilfen Nr. 10, Bonn 2008 (8. überarbeitete und erweiterte Auflage), 100 S., ISBN 978-3-928053-38-9, 6,- €, zu beziehen über die Bundesgeschäftsstelle, den Buchhandel oder [www.mitarbeit.de](http://www.mitarbeit.de).

## Kongress zum No Blame Approach

Der No Blame Approach ist ein Interventionsansatz gegen Mobbing, der vor allem in den letzten Jahren bundesweit Verbreitung an Schulen gefunden hat. Mit ihm ist es in vielen Fällen gelungen, Mobbing unter Schülerinnen und Schülern in den verschiedensten Schulformen schnell und nachhaltig zu stoppen.

Der Kongress (12.–14. Dezember 2008 in Bensberg, Bergisch-Gladbach) soll die bisherigen Erfahrungen mit dem No Blame Approach bündeln, Raum für einen Austausch der Praxis eröffnen sowie vertiefende Qualifizierung anbieten. Im Mittelpunkt des Kongresses stehen:

- der Austausch von Erfahrungen, die Anwender und Anwenderinnen in der schulischen Praxis gemacht haben
- die Klärung von Fragen zur Bewältigung von Hürden und Hindernissen in der konkreten Umsetzung des Ansatzes

- die Begegnung mit George Robinson aus England, der mit Barbara Maines den No Blame Approach entwickelt hat
- der Austausch mit Kolleginnen und Kollegen aus der Schweiz, Belgien und den Niederlanden über ihre Arbeit mit dem No Blame Approach
- spannende »Zwischenrufe« und Workshops zu theoretischen und praktischen Aspekten des No Blame Approach.

Der Kongress wird vom *Bund für Soziale Verteidigung* und von *fairaend* durchgeführt zusammen mit der Stiftung MITARBEIT, der *Thomas-Morus-Akademie* und der *Arbeitsgemeinschaft für Kinder und Jugendschutz NRW*. Er wird vom Bundesministerium für Familie, Frauen, Senioren und Jugend gefördert.

Nähere Informationen bei Claudia Leinauer ([leinauer@mitarbeit.de](mailto:leinauer@mitarbeit.de)) in der Bundesgeschäftsstelle

## Helfen Sie mit

Gefällt Ihnen unsere Arbeit? Ist Ihnen unsere Arbeit wichtig? Dann helfen Sie mit

- durch Spenden für unsere Projekt- und Förderarbeit
- durch Zustiftungen in unser Stiftungskapital.

Ihre Spende kommt direkt unserem Engagement für die Bürgergesellschaft und Initiativlandschaft zu Gute und wird innerhalb eines Jahres verwendet. Eine Zustiftung verbleibt dauerhaft im Vermögen der Stiftung. Die damit erwirtschafteten Erträge (Zinsen) kommen unserer Arbeit dauerhaft zugute.

Unser Spendenkonto ist bei der Volksbank Bonn Rhein Sieg (BLZ 380 601 86) Kto. 20 10 54 00 14. Vermerken Sie im Verwendungszweck bitte »Spende« oder »Zustiftung«.

Die Stiftung MITARBEIT ist als gemeinnützig anerkannt. Alle Unterstützer/innen erhalten eine Bescheinigung für das Finanzamt. Gerne beraten wir Sie!

Kontakt und weitere Information bei Hanns-Jörg Sippel ([sippel@mitarbeit.de](mailto:sippel@mitarbeit.de)) in der Bundesgeschäftsstelle

## Impressum

mitarbeiten  
Informationen der  
Stiftung MITARBEIT  
Vierteljährlich, kostenlos



Redaktion:  
Hanns-Jörg Sippel

Mitarbeit an dieser Ausgabe:  
Ulrich Rüttgers

Stiftung MITARBEIT  
Bornheimer Straße 37  
D-53111 Bonn  
Telefon (02 28) 6 04 24-0  
Telefax (02 28) 6 04 24-22  
E-Mail [info@mitarbeit.de](mailto:info@mitarbeit.de)  
[www.mitarbeit.de](http://www.mitarbeit.de)  
[www.buergergesellschaft.de](http://www.buergergesellschaft.de)

Vorstand: Ulrike Rietz, Klaus Steinke

Vorsitzende des Stiftungsrates:  
Birgit Moos-Hofius

Geschäftsführer: Hanns-Jörg Sippel

Konto: Volksbank Bonn Rhein-Sieg  
(BLZ 380 601 86) Kto. 20 10 54 00 14

Die Stiftung MITARBEIT wird vom Bundesinnenministerium gefördert.